

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 9

Artikel: Die Wahlen in Westdeutschland
Autor: Siemsen, Anna
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336221>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Wahlen in Westdeutschland

Hamburg, 16. August 1949.

Die Wahlergebnisse, die ich in Händen habe, sind noch nicht endgültig. Sie reichen trotzdem hin, um die Situation zu übersehen. Sie ist keineswegs überraschend. Die Sozialdemokratie hat sich gut behauptet, aber keine Erüberungen gemacht. So bleiben die Christlichen Demokraten — lies die klerikal geführte Sammelpartei — die Stärksten. Sie haben Stimmen abgegeben an die Freien Demokraten, mit denen sie in engstem Wahlbündnis standen. Einen sehr erheblichen Erfolg hat die neu aufgetretene, ausgesprochen nationalistisch und scharf oppositionelle Deutsche Partei überall, wo sie Kandidaten aufgestellt hat. In Bayern entspricht ihr die Bayernpartei, auch was den Erfolg angeht. Eine Niederlage, die ihre völlige Bedeutungslosigkeit klarstellt, haben die Kommunisten erlitten.

Das alles ist keine Überraschung. Es fragt sich, was es bedeutet. Der Wahlkampf ist sehr eindeutig von der CDU-FDP geführt worden als antisozialistischer Kampf, aber darüber hinaus als Kampf gegen jede Art von Planwirtschaft und für vollständige Unternehmer- und Marktfreiheit. Präziser als Kampf für die von Professor Erhardt durchgeführte und von der amerikanischen Besatzung gewünschte Wirtschaftspolitik. Dem gegenüber trat alles andere zurück. Und das Ergebnis wird also sein, daß dieser Kurs verstärkt gesteuert wird. Da für die ganz überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung dies Resultat verteuerte Lebenshaltung und drohende Arbeitslosigkeit bedeutet, so ist das Ergebnis ein Zeichen dafür, wie verhängnisvoll unorientiert die Wähler im allgemeinen waren. Sie haben Mangelwirtschaft, Rationierung und Zwang mit Planung gleichgesetzt und gewählt auf die Versicherung hin, die überall plakatiert war: «Es soll noch besser werden.» Da die Wahlversammlungen im allgemeinen schlecht besucht waren — die bestbesuchten waren im Gebiet Hamburgs durchaus die der Sozialdemokratie, aber es kamen vor allem Parteigenossen und ohnehin Sympatisierende —, so wirkten die sehr vielen Wahlplakate; es wirkte auch die Tatsache, daß die antisozialistische Koalition außerordentlich stark finanziell unterstützt wurde durch die großen Unternehmerverbände. Man hat anscheinend im Ausland diese dokumentarisch festgestellte Tatsache der Millionensubventionen gar nicht beachtet.

So läßt sich mit Sicherheit feststellen: die antisozialistische Front ist vor allem gestärkt worden durch die unpolitischen Gelegenheitswähler. Die Sozial-

demokratie als einzige sozialistische Partei, die sich behauptet hat, verdankt diesen relativen Erfolg der ungemeinen Festigkeit des Blocks der organisierten Arbeiterschaft und zugewandten, ihr nahestehenden Gruppen. Daraus lassen sich einige sehr entscheidende Folgerungen ziehen, die wir aber besser unterbauen, wenn wir einige typische Erscheinungen der Weimarer Zeit vergleichen: Ich beschränke mich darauf, drei Wahlen dieser Periode zum Vergleich heranzuziehen (die nicht ausdrücklich zitierten liegen in derselben Richtung) und zunächst einmal drei Gruppen zu unterscheiden: sozialistischer Block, bürgerlicher Block, Nationalsozialisten oder präziser chauvinistische Antidemokraten.

	1919	1920	1932	1949
	Anteil in Prozenten			
Sozialistischer Block	46	44	38	40
Bürgerlicher Block	54	56	22	52
Chauvinistische Antidemokraten (1949 Deutsche Partei und Bayernpartei)	—	—	40	7,8

Analysiert man diese Ergebnisse etwas genauer, so ergibt sich innerhalb der einzelnen Blocks eine beträchtliche Verschiebung.

	Sozialistischer Block		
	1919	1920	1932
Sozialdemokraten	37	24	22
Unabhängige Sozialisten	7	20	
Kommunisten	—	1	16

Bei den Sozialisten also eine sehr weitgehende Gesamtstabilität, aber ein Abgleiten der Wählerschaft nach links im gleichen Maße, wie die Politik der Sozialdemokratie sich weiter nach rechts orientierte.

	Bürgerliche Parteien		
	1919	1920	1932
a) Klerikale:			
Zentrum, Bayerische Volkspartei	20	20,2	12
b) Übrige:			
Demokraten (Staatspartei)	18,8	8	1
Volkspartei (großbürgerlich)	4,6	14	1,2
Deutschationale (monarchistisch)	10,4	19	5,1

Man sieht, wie die bürgerliche Front vor dem Radikalismus der Nationalsozialisten zusammenbrach. Am besten hielten sich noch die klerikalkatholischen Gruppen. Für diese bildete die feste Macht der Kirche einen Rückhalt. Aber dezimiert wurden sie auch. Das übrige Bürgertum aber wurde geradezu weggefegt, und zwar um so vollständiger, je weniger es nationalistisch und offen antirepublikanisch gewesen war. Dieser Prozeß beginnt schon in den ersten Jahren der Republik mit dem Zerfall der Demokraten und setzt sich dann ununterbrochen fort, bis zu ihrer gänzlichen Ausschaltung.

Heute zeigt sich deutlich der Beginn der gleichen Tendenz. Noch scheint die Deutsche Partei, welche in jeder Beziehung Erbin des Nationalsozialismus ist, noch schwächer, als sie in Wirklichkeit ist. Sie hat nur in wenigen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, in diesen sich aber gleich an zweite oder dritte Stelle setzen können. So:

	SPD	CDU	FDP	DP
Bremen	104 509	51 192	39 229	54 569 (2. Stelle)
Hamburg	358 858	322 104 (komb.)	118 552	(3. Stelle)
Schleswig-Holstein	413 213	428 991	103 475	169 333 (3. Stelle)
Niedersachsen	1 124 187	593 067	252 110	597 634 (2. Stelle)

Es sind vor allem die Länder mit sehr starken Flüchtlingszahlen, in welchen die Deutsche Partei ihre Erfolge erzielt hat, erzielt wohlgemerkt ohne Presse, aber mit sehr aktiver, sehr geschickter und völlig ungehemmter Propaganda. Sie wurde gewählt von den Armen, Rat- und Hoffnungslosen, die sich daran klammern, daß die DP «mit der ganzen Sauwirtschaft aufräumen» und sie wieder in ihre östliche Heimat zurückführen werde. Und ihr ist das gelungen, weil ihr natürlich der ganze Apparat der «Entnazifizierten» zur Verfügung steht.

Ziehen wir die Folgerungen.

Die Moskauer- und Ostzonenpolitik hat es fertiggebracht, daß die Kommunistische Partei, die 1932 noch mit 5,3 Millionen nahe an die Sozialdemokratie herankam, heute nicht ganz 1,4 Millionen Stimmen erreichte und in keinem einzigen Bezirk einen Kandidaten durchbrachte. Hätte die DP in allen Bezirken kandidiert, sie würde zweifellos die Kommunisten weitaus übertroffen haben. Und das ist nun die erste Erfahrung: Es gibt zwar keine Kommunistengefahr in der Westzone. Die ist durch die Moskauer Politik beseitigt trotz sehr aktiver und sehr geschickter Propaganda, die vor allem auch die chauvinistische Rattenfängerflöte blies. Aber das eben ist die zweite Erkenntnis: im Nationalismus werden wir unfehlbar von den Gegnern über-

spielt. Wenn, wie zu erwarten steht, die nun mit größerer Energie fortgesetzte Erhardt-Politik der hohen Preise, der ungehemmten Konkurrenz und der Entlastung der Besitzenden die Lebenshaltung noch tiefer herabdrückt, die Flüchtlinge, Rentner, Invaliden im Elend lässt und, was wahrscheinlich ist, die heute schon gefährlich große Arbeitslosigkeit von den gegenwärtigen 10 Prozent weiter ansteigen lässt, so werden die Enttäuschten zwar den verantwortlichen Parteien, der großen Sammelpartei der CDU, den Freien Demokraten – und falls sie mitmachen würde auch in gewissem Ausmaße der SPD – weglaufen, aber nicht etwa zu den Kommunisten, sondern zu den neu etablierten Rechtsradikalen. Der Erfolg der Deutschen Partei wird diese alle auf den Plan rufen. Und wir können uns auf ein sehr hübsches Wetteifern in Chauvinismus und Antisozialismus gefaßt machen.

Alles das ist Wiederholung der Weimarer Erfahrungen.

In dieser gefährlichen Lage muß hervorgehoben werden, daß die sozialistische Arbeiterschaft sich bewundernswert gehalten hat. Von allen Seiten bekämpft, einer sehr unheiligen Allianz der Klerikalen und Liberalen gegenüber, war sie durchaus unbeirrt und sehr aufgeschlossen für jede politische Erörterung – nicht im mindesten – wie man aus der Ferne glaubt, nationalistisch ausgerichtet. Diese mehr auf die Fernstehenden berechneten Melodien im Wahlkampf haben den sozialistischen Arbeitern gar keinen, denen, die gewonnen werden sollten, offenbar auch sehr wenig Eindruck gemacht. Sie hat sich in schwieriger Zeit behauptet. Aber das ist eben nicht genug. Wie immer schon wird auch nach dieser Wahl die ganze Schwere der wirtschaftlichen Not und die antisoziale Politik der Mehrheitsparteien sie treffen. Sie wird, nach allen Erfahrungen, die wir gemacht haben, sich auch dann bewähren. Aber sie wird kaum imstande sein, den Ruck in einen für ganz Europa gefahrdrohenden Chauvinismus hinein zu verhindern.

Man muß sich das eine klar machen: diejenigen, die in Deutschland wieder mit einer Aufrüstung auf Grund des Atlantikpaktes rechnen und sie wünschen, das sind die Leute vom Schlag General Remers, der soeben erklärt hat, er würde die Offiziere vom 20. Juli auch heute wieder erschießen lassen, da sie den deutschen Sieg bedrohten. Nachdem er kurz zuvor hinreichende Beweise von – sagen wir höflich – mehr negativem Bekenntnis abgelegt hat, ist diese Erklärung hinreichender Beweis, daß er mit Beifall und Unterstützung weiter Kreise rechnet. Solche Leute aber sind Landsknechte, die nichts anderes wollen als Rache und Macht. Sie werden sich jedem verkaufen, der ihnen das anbietet, und sie werden jeden, wenn es vorteilhaft scheint, verraten. Ost und West sind ihnen da bestimmt durchaus gleich lieb. Und wehe jedem, der in einem Gefahrenfalle sich auf sie verlassen wollte. Es

scheint leider nicht, daß alle Besatzungsoffiziere diese Einsicht haben. Es scheint vielmehr, daß noch immer weitgehend die Politik des Auslands inspiriert wird von dem Geist, der in der Weimarer Zeit Hitler als wünschens- und unterstützungswerten Bundesgenossen gegen «links» erscheinen ließ. Und es ist daher möglich, daß wir die ganze fürchterliche Tragödie der letzten drei Jahrzehnte noch einmal durchleiden müssen. In den Sattel geholfen hat man der nationalistischen Reaktion. Vielleicht werden wir nicht gerade erleben, daß man nun ausgerechnet die Deutsche Partei offen unterstützt. Dagegen scheint es wahrscheinlich, daß man Herrn Adenauer, den deutschnationalen Herrn Lehr und den guten alten Heuß, der die Brüderschaft mit jenen beiden eingegangen ist, als unerschütterliche Stützen der Demokratie betrachten und auf sie sich verlassen wird. Diese Front hält zwar gegen die sozialistische Arbeiterschaft, gegen durchgreifende Sozialpolitik und gegen jede Art sozialer Planung, wie sie etwa Truman in USA versucht. Aber gegen den schon sichtbar werdenden Neunazismus hält sie so wenig wie die weiland Eiserne Front gegen den alten. Kurz gesagt: Diese Wahl war kein Sieg der gemäßigten Parteien und ist keine Garantie der Demokratie. Sie war eine Wiederholung der Weimarer Erfahrung und schließt alle ihre Gefahren in sich.

Bleibt die Frage nach der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Politik. Sie hat im Wahlkampf die sozialen und Wirtschaftsfragen in den Vordergrund gestellt. Schumachers heftige Angriffe gegen die Besatzung haben eine weit geringere Rolle gespielt. Sicher waren die Demontagen in diesem Augenblick Wasser auf die Mühle der gefährlichsten Chauvinisten. Ob man sie nicht auf andere Weise als durch die heftigen öffentlichen Angriffe hätte vermeiden können, entzieht sich meiner Kenntnis. Woran es nach meiner Überzeugung fehlte, das war die Erkenntnis, daß einzig im Rahmen einer europäischen Neuordnung die vielen Probleme Deutschlands gelöst werden können. Wohl hieß es: «Ein freies Deutschland in einem geeinten Europa». Aber das «geeinte Europa» stand doch sehr im Nach- und Nebensatz. Und dennoch war die Arbeiterschaft durchaus aufgeschlossen für diese Frage. Dennoch scheint die einzige Möglichkeit, aus der Selbstbehauptung vorstoßend, die zu Deutschlands und Europas Rettung notwendige Eroberung der Mehrheit des Volkes zu gewinnen, daß die Sozialdemokratie den einzigen beschreibbaren Weg zeigt: Geplante, demokratische Bedarfswirtschaft innerhalb eines föderierten Europa.

Aber das ist eine andere Geschichte, auf die zurückzukommen ist.